

09.12.14**Empfehlungen
der Ausschüsse**

R

zu **Punkt ...** der 929. Sitzung des Bundesrates am 19. Dezember 2014

Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Der **Rechtsausschuss** empfiehlt dem Bundesrat,
zu dem folgenden, beim Bundesverfassungsgericht anhängigen
Verfahren von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen, da
bei diesem keine Umstände ersichtlich sind, die eine Stellung-
nahme des Bundesrates geboten erscheinen lassen:

Verfassungsbeschwerde

der Religionsgemeinschaft "Jehovas Zeugen in Deutschland
Körperschaft des öffentlichen Rechts"

gegen

die Versagung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen
Rechts im Wege der sogenannten Zweitverleihung in der Freien
Hansestadt Bremen (Ablehnung eines entsprechenden Gesetz-
entwurfs des Senats der Freien Hansestadt Bremen - Drucksache
17/819 - durch die Bremische Bürgerschaft am 12. Mai 2011,
wegen

Unvereinbarkeit mit Artikel 3 Absatz 1, 3, Artikel 4 Absatz 1, 2
GG in Verbindung mit Artikel 140 GG in Verbindung mit Arti-
kel 137 Absatz 5 Satz 2 WRV, Artikel 19 Absatz 4 beziehungs-
weise Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 3
GG (Justizgewährungsanspruch gegenüber der öffentlichen
Hand, Recht auf ein faires und zügiges Verfahren) sowie aus
Artikel 103 Absatz 1 GG beziehungsweise Artikel 2 Absatz 1 in

Verbindung mit Artikel 20 Absatz 3 GG - Rechtsstaatsprinzip
(Recht auf Gewährung rechtlichen Gehörs)
mittelbar
gegen Artikel 61 Satz 2 LV-Bremen

- 2 BvR 1282/11 -